

Vorlage-Nr.: **0979-2017/DaDi**

Aktenzeichen: 024-005

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Deistler, Martin

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Eintritt in den kommunalen Arbeitgeberverband - Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Landrat Schellhaas wird aufgefordert mit allen keiseigenen GmbH,s in den kommunalen Arbeitgeberverband einzutreten.

Dies beinhaltet die Zahlung des TVÖD samt 5,8 % des Gehaltes der Beschäftigten der kreiseigenen GmbH,s in die Betriebsrentenkasse ZVK.

Begründung:

Es ist Aufgabe eines von SPD geführten öffentlichen Arbeitgebers in Zeiten von Altersarmut und sinkendem Rentenniveau eine betriebliche Altersvorsorge den Beschäftigten zu gewährleisten, die gesellschaftspolitisch nötig und erforderlich ist.

DIE LINKE Da/DI beantragt nur Fakten, die im Oktober 2016 von rot/grün/BVG ebenso beantragt und mehrheitlich im Stadtparlament Groß-Umstadt beschlossen wurden.

Die Ablehnung der hier gewünschten betrieblichen Altersversorgung u.U. durch die Personalräte kann kein Grund sein,

- a) die betriebswirtschaftlich evtl. finanziellen Nöten eines öffentlich geführten Krankenhauses oder anderer Kreis GmbH,s durch diese notwendigen Rentenleistungen in Frage zu stellen. Hier ist die Kreisverwaltung aufgefordert, bessere Rahmenbedingungen landes- und bundesweit über ihre Mandatsträger in den Landes – und Bundesparlamenten einzufordern.
- b) allen Beschäftigten der kreiseigenen GmbH,s Rahmenbedingungen zu gewähren, die bei einem allgemein sinkenden Rentenniveau höhere Renten gewährleisten.

Anlage:

- SPD Fraktion Änderungsantrag-Petition 2016.pdf